

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes Christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rübensdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rübensdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 40.

Berlin, den 2. Oktober 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Arbeiterversicherung im Deutschen Reich und in anderen Ländern. — Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — Kartellvertrag. — Rundschau: Note Verteiliger für Herrn Windolph. Niesenaussperrung in der Metallindustrie? — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Wiberach a. d. Rh. Bezirk Breslau. Harburg. Hohenalza. Iserlohn. Bezirk Karlsruhe. Radevit. Rheine. Solingen. Wollstein. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Rechtspflege. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Die Arbeiterversicherung im Deutschen Reich und in anderen Ländern.

II.

Im vorausgehenden Artikel ist dargelegt worden, daß im Deutschen Reich 1908 13 189 600 Personen gegen

Vergleichende Uebersicht.

Länder	Einwohner in Millionen	Lohnarbeiter in Millionen	Versicherte in Millionen	im Jahr in Millionen Mark	Leistungen		Beiträge	
					Erkrankten-	Krankentag	in Millionen Mark	Versicherte pro Kopf in Mark
Deutschland	63	16	13,2	331	58	3,00	351	26,60
Oesterreich-Ungarn	48,8	13,2	3,84	62,5	32,9	2,12	70,9	18,65
Italien	33	10	—	4	—	—	7,5	7,50
Frankreich	39	9,5	4,3	22	27,50	1,80	35	8,50
Belgien	7,4	2,1	0,42	3,6	36	1,60	3,8	9
Großbritannien	43,5	13,5	6,1	?	?	?	?	?
Norwegen	2,4	0,4	0,44	?	?	?	?	?
Schweden	5,4	1	0,72	?	?	1,32	?	8,76
Dänemark	2,7	0,4	0,76	?	?	2,25	?	7,57
Finnland	3	0,5	0,04	?	?	?	?	9,61
Spanien	20	7	?	?	?	?	?	?
Niederlande	5,8	1,3	0,60	?	?	?	?	6
Luxemburg	0,25	0,05	0,03	1,17	39,12	2,66	?	33,50

Bedauerlicherweise sind die statistischen Angaben, insbesondere die hinsichtlich der Leistungen der Krankenkassen in verschiedenen Ländern, unvollkommen. Man kann aber aus der vorstehenden Aufstellung ruhig den Schluß ziehen: Sämtliche hier aufgezählten fremden Länder haben zusammen genommen nicht so viel an Leistungen aufzuweisen, als die deutsche Krankenversicherung allein.

Zu den Angaben betreffend Beiträge ist noch zu bemerken, daß diese in Ländern ohne Zwangsversicherung zumeist von den versicherten Arbeitern allein aufgebracht werden müssen. In Deutschland zahlen sie zwei Drittel der Beiträge. In Norwegen zahlen die Arbeiter sechs Zehntel, die Arbeitgeber ein Zehntel und die übrigen drei Zehntel Staat und Gemeinde. Aus Spanien ist nur bekannt, daß dort 1200 Hilfsvereine bestehen; welche Beiträge dort bezahlt und welche Leistungen dort gewährt werden, darüber enthält die Statistik keine Angaben.

Mit der Versicherung der Arbeiter gegen Unfall durch öffentlich-rechtliche Einrichtungen, statt der zivilrechtlichen Haftpflicht, ist Deutschland den übrigen Ländern vorgegangen. Durch Gesetz vom 6. Juli 1884, das im Laufe der Jahre ergänzt und erweitert worden ist, wurden für die verschiedenen Berufsgruppen, sowohl für Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr, als auch für die Landwirtschaft, korporative Verbände, Berufsgenossenschaften vorgeschrieben, die auf alleinige Kosten der Unternehmer Unfallentschädigungen den Verletzten oder deren Hinterbliebenen zu gewähren haben. Versichert sind Arbeiter und Beamte bis zu einem Jahresgehalt von 3000 Mk. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung bis höchstens zwei Drittel des verdienten Lohnes.

Ueber die Ergebnisse und Leistungen, namentlich der Baugewerkschafts-Berufsvereine, ist Anfang dieses Jahres in der „Baugewerkschaft“ ausführlich berichtet worden. Es werden deshalb hier nur die großen Zahlen gegeben. Nach der Statistik von 1908 waren der deutschen Unfallversicherung unterstellt rund 24 Millionen Personen. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungen betrug 157,9 Millionen Mark. Die Entschädigungssummen, die im Jahre 1886 2 Millionen Mark betragen, sind von Jahr zu Jahr auf den vorhin genannten Betrag gestiegen. Von 1886 mit 1908 wurden insgesamt an Entschädigungen, Renten ausbezahlt die runde Summe von 1622 Millionen Mark.

Die folgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Zahl der Versicherten und die Summe der jährlichen Entschädigungen und Renten in jenen Ländern mit Zwangs-Unfallversicherung.

Die Angaben über die Unfallversicherung in den einzelnen Ländern sind auch nicht unvollständig. Frankreich z. B. hat Zwangsversicherung und freiwillige Versicherung. Es zahlen dort Unternehmer und Arbeiter Beiträge, auch Staatszuschuß wird gewährt. Rente wird ge-

krankheit versichert waren, rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Das ist eine Folge der Zwangsversicherung, in deren Kreis demnach, durch die Reichsversicherungsordnung, weitere fünf bis sechs Millionen Personen einbezogen werden sollen. Wie kleinlich steht die Versicherung des Auslandes gegenüber diesen Zahlen! Das vielgerühmte England mit Frankreich zusammen haben soviel Versicherte, nur 11 Millionen, trotzdem die Einwohnerzahl dieser beiden Länder um fast 20 Millionen größer ist als die des Deutschen Reiches. Im nachstehenden folgt eine vergleichende Zusammenstellung über die Krankenversicherung nach einer im Juli 1910 erfolgten Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes. In dieser Zusammenstellung fehlt merkwürdigerweise unser Nachbarland die Schweiz. Die schweizerische Krankenversicherung, nach dem Gesetz vom 5. Oktober 1899, kann sich aber sehr wohl neben den Vergleichsländern sehen lassen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist dort der Versicherungspflicht unterworfen. Als Krankengeld werden 60 Prozent des Tagelohnes bezahlt. Die Unterstützungsbauer beträgt ein Jahr. Außer der Schweiz haben neben Deutschland nur noch Oesterreich-Ungarn, Norwegen und Luxemburg den Versicherungszwang gesetzlich angeordnet.

leit der Rechtspflege fordert nicht die uneingeschränkte Einführung der Berufung, sondern höchstens die Revision durch Aktienversicherung in den Fällen, in welchen das Berufungsgericht auf einer Rechtsauffassung beruht, die nach dem vorläufigsten Erkenntnis eines andern Gerichts von diesem verworfen wurde.

Der Korreferent Stadtrat Dr. Glüskmann-Nordorf trat Herrn Dr. Hille im wesentlichen bei. Um jedoch der Erreichung des Zieles die Wege zu ebnen, soll evtl. gegen die Angliederung der Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte keine Bedenken erhoben werden. Dagegen wurden in der Diskussion Bedenken geltend gemacht, weil damit an den wichtigsten Grundpfeilern der Gewerbegerichte gerüttelt würde. Mit der Angliederung an die Amtsgerichte sei die Zulassung der Rechtsanwälte verbunden, den Gemeinden würde ein wichtiges Betätigungsfeld entzogen und die guten Eigenschaften der Gewerbegerichte würden nicht an die Amtsgerichte, wohl aber umgekehrt die schlechten der letzteren an die ersteren übergehen. Als Ergebnis der Debatte kann angesehen werden, daß der Ausbau der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten gewünscht, die Angliederung an die Amtsgerichte jedoch abgelehnt wird.

Die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit wurde von Herrn Magistratsrat Wölbling in bejahendem Sinne behandelt. Er stellte folgende Leitsätze auf:

1. Der gewerbliche Akkordvertrag (auch Bedinge genannt) bedarf einer halbigen gesetzlichen Regelung, für welche brauchbare Vorarbeiten bereits vorliegen.
2. Diese Regelung ist nicht von einer Revision des ganzen gewerblichen Arbeitsvertrages abhängig zu machen, weil dadurch die dringende Frage der Regelung des gewerblichen Akkordvertrages verzögert würde.
3. Das Zurückbehaltungsrecht ist eine selbständige Frage.
4. Es ist ausichtslos, das Zurückbehaltungsrecht zugunsten der Arbeiter zu verschärfen, vielmehr muß die Lohnsicherung ausgebaut werden. Auch diese Frage ist getrennt vom Akkordvertrag zu behandeln.
5. Mit dem Akkordkolonnenystem sind besonders schwere Mißstände verbunden, welche halb beseitigt werden müssen im Interesse aller rechtlichen Unternehmer und Arbeiter.
6. Die Frage des Minimallohnes ist auf dem nächsten Verbandstage zu erörtern.

Herr Baumeister Höhmann-Köln behandelte die Frage vom Standpunkte der Arbeitgeber aus. Wir wollen hier nicht auf die Ausführungen Höhmanns eingehen, die sich in der Hauptsache auf prinzipiellem Boden bewegten, wie sie auch der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe vertritt. Er hält nur eine bedingte gesetzliche Regelung für geboten. Arbeitersekretär Wiffel, der den Standpunkt der Arbeiter vertritt, fordert die gesetzliche Regelung, vor allem Klarheit zwischen Dienst- und Werkvertrag. Die Diskussion ergibt mit geringen Ausnahmen, daß das geforderte Ziel bringen erstrebenswert ist.

An Stelle des verhinderten Dr. Einzelmeier referierte Dr. Wölbling über die gesetzliche Regelung der Tarifverträge an Hand der von S. niedergelegten Leitsätze. Diese gipfeln in der Hauptsache:

Die gesetzliche Regelung der Arbeits-Tarifverträge in Deutschland ist ein Bedürfnis, dessen Befriedigung im Interesse einer ruhigen Fortentwicklung des Tarifvertragswesens eine der nächsten Aufgaben der deutschen Sozialgesetzgebung sein sollte. Der Ausgangspunkt der gesetzlichen Regelung muß der Grundsatz der Tariffreiheit sein. Hiernach gehören dem Tarifvertrag nur an, die sich ihm freiwillig unterwerfen haben. Der Arbeits-Tarifvertrag ist als Rechtsquelle mit absoluter Wirkung zuzulassen für alle Arbeitsverträge, die für solche Betriebe abgeschlossen werden, deren Inhaber bzw. deren Rechtsvorgänger dem Tarifvertrag angehören oder angehört haben, soweit die Tarifbestimmungen nicht zwingenden Gesetzen oder den guten Sitten widersprechen. Es sind die Folgen der Verletzung des Arbeits-Tarifvertrages ausdrücklich zu normieren. Als solche Folgen kommen in Betracht Ausstoßung und Buße bei Friedensbruch, Ordnungsstrafe und Verwaltungszwang bei Ungehorsam. Der Tarifvertrag bedarf einer eigenen Verwaltung und einer eigenen Gerichtsbarkeit unter Ausschluß der allgemeinen Verwaltung und des ordentlichen Rechtsweges. Soweit der Tarifvertrag Organ der Selbstverwaltung nicht vorsieht, sowie, wenn er sie vorsieht, als übergeordnete Instanz über die Selbstverwaltungsorgane, müssen besondere Tarifbehörden, die der Staat errichtet, eintreten. Ein Reichseinigungsamt muß den Schlußstein der Tarifverfassung bilden.

Das Korreferat des Herrn Köhler, Vorsitzenden des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, war in der Hauptsache eine Verteidigung der „freien“ Gewerkschaften und der Tarifverträge. Er will es nicht wahr haben, daß diese, besonders auch der Buchdruckerverband, ein Tarifmonopol erstrebe. Darüber sind nicht nur wir, sondern auch noch andere, nicht seiner Meinung. Am Schlusse seiner Ausführungen forderte er die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Das hat uns eigentlich sehr verwundert. Soweit wir uns mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten über die Frage unterhalten konnten, stehen diese durchaus nicht auf diesem Standpunkt. Sie halten vielmehr, wie auch wir, eine gesetzliche Regelung für verfehlt, die in die Entwicklung der Tarifverträge nur störend eingreifen könnte. Außerdem ist gar nicht die Grundlage vorhanden für ein derartiges Unterfangen. So lange wir keine Rechtsfähigkeit besitzen, der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung besteht, wo auch den Mitgliedern eines Verbandes zu jeder Zeit der Austritt freisteht, so lange ferner der § 153 der Gewerbeordnung nicht beseitigt ist, kann an eine gesetzliche Regelung nicht gedacht werden. Diesen Standpunkt vertrat auch der Syndikus des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Berlin, Dr. Mielenz. Man kann nur dringend warnen, in übereilter Weise an die gesetzliche Regelung der Tarifverträge heranzutreten. Der Klärung der Frage kann die Behandlung durch kundige Männer immerhin dienlich sein.

Außer diesen Fragen wurden noch die Frage des Frauenwahlrechtes zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten und die Rechtsverhältnisse der Werkspensionskassen behandelt. In allem genommen, hat der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtstag eine Reihe von Fragen geklärt und ihrer endgültigen Regelung nähergebracht.

währt bis zu 66% Prozent des Jahreslohnes. Ungarn, das in der Uebersicht nicht aufgeführt ist, hat Zwangsversicherung; es gewährt Unfall- und Invalidenrente. Unternehmer wie Arbeiter zahlen Beiträge. In Italien werden an Entschädigungen gewährt: Für Unfallkranke ein Tagelohn bis zu 50 Prozent des Lohnes; für Invaliden eine Kapitalabfindung bis sechsfachen Jahreslohn, für Hinterbliebene eine solche bis zum fünffachen Betrag.

Uebersicht.

Länder	Versicherte in Millionen	Entschädigungen in Mill. Mark	Beiträge der Arbeitgeber	Beiträge der Arbeiter
Deutschland	23,7	157,9	181,6 Mill.	keine
Oesterreich	3,03	15,8	90 %	10 %
Italien	1,8	?	6,5 M. p. Verf.	?
Frankreich	?	53,7	ja	ja
Norwegen	0,24	?	1,68 M. p. Verf.	?
Finnland	0,09	0,22	10,40 M. p. Verf.	?
Niederlande	0,09	7,9	5,1 Mill.	?
Luxemburg	0,036	?	1,07 Mill.	?

Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Vom 15. bis 17. September fand in Köln a. Rh. die Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte statt. Dieselbe wies einen zahlreichen Besuch auf. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige, eigentlich zu reichhaltig, denn eine Anzahl Referate konnten infolge Zeitmangel nicht zur Diskussion gebracht werden. Wichtig für uns waren die gesetzliche Regelung der Akkordarbeit und die gesetzliche Regelung der Tarifverträge.

Herr Gerichtsdirektor Dr. Premer referierte über die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag in 1908. Er stellte fest, daß die Sozialpolitik in den letzten Jahren leider sehr wenig Fortschritte aufzuweisen habe. Die Arbeitsnachweisfrage werde immer brennender und werde zu erbitterten Kämpfen führen, die unser Wirtschaftsleben stark schädigen. Eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge sei gegenwärtig noch nicht angebracht.

Die Ausdehnung der Gewerbegerichte zu Arbeitsgerichten behandelte Magistrats-Syndikus Dr. Hille-Frankfurt a. M. Unter Ablehnung von einseitigen Fachgerichten trat er für den Ausbau der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten ein. Die Zuständigkeitsfrage sei damit endgültig geklärt. Folgende Leitsätze legte er seinen Ausführungen zugrunde:

1. Aus der Natur des Arbeitsvertrages ergibt sich die Notwendigkeit einer schnellen, wohlfeilen und unter Mitbeteiligung der Interessenten ausgeübten Rechtspflege für die Arbeitsstreitigkeiten.
2. Damit diese Rechtspflege allen Arbeitsvertragschließenden zuteil werde, die ihrer bedürfen, ist die Ausdehnung der Gewerbegerichte unter Beteiligung aller Berufsgruppen zu Arbeitsgerichten notwendig. Eine Vielheit von Sondergerichten für einzelne Berufe ist abzulehnen.
3. Die Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte erscheint weder zweckmäßig noch notwendig. Die Einseitlich-

keit der Rechtspflege fordert nicht die uneingeschränkte Einführung der Berufung, sondern höchstens die Revision durch Aktienversicherung in den Fällen, in welchen das Berufungsgericht auf einer Rechtsauffassung beruht, die nach dem vorläufigsten Erkenntnis eines andern Gerichts von diesem verworfen wurde.

Kartellvertrag

zwischen dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands und dem National Verband der christlichen Bauwerker von Belgien.

- § 1. Die Mitglieder vorgenannter Verbände sind verpflichtet, bei dem Verleihe aus dem einen in das andere Land, der christlichen Berufsorganisation desjenigen Landes beizutreten, in dem sie länger als 14 Tage beschäftigt sind.
- § 2. Die Mitglieder in den Grenzgebieten haben sich der christlichen Berufsorganisation des Landes anzuschließen, in welchem sie den größten Teil des Jahres über beschäftigt sind.
- § 3. Sind drei Viertel und mehr Mitglieder eines Grenzortes den größeren Teil des Jahres im Nachbarlande beschäftigt, so ist die Bahnhofsstelle dieses Ortes auch der Organisation des Nachbarlandes anzuschließen.
- § 4. Mitglieder, welche auf Grund dieses Vertrages aus dem einen in die andere Landesorganisation übertreten, werden ohne Eintrittsgeld aufgenommen, wenn die Voraussetzungen:
 - a) sich bei der bisherigen Organisation abgemeldet haben, einen Ausweis über diese Abmeldung vorlegen und bis zum Abmeldebdatum die Beiträge an die bisherige Organisation gezahlt haben;
 - b) sich innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Abmeldung bei der anderen Organisation anmelden und an diese die fälligen Beiträge entrichten, so daß keine Unterbrechung der Beitragszahlung eintritt.
- § 5. Mit dem Uebertritt auf Grund dieses Vertrages erwerben die Uebertretenden die Rechte, welche die betreffende Organisation ihren Mitgliedern bei gleich langer Mitgliedschaft statutengemäß gewährt. Die Uebertretenden sind gehalten, die statutarischen Pflichten dieses Verbandes zu erfüllen.
- § 6. Sind bei Streiks in Grenzorten Mitglieder mehrerer Landesorganisationen beteiligt, so hat jede Organisation ihre Mitglieder auf Grund ihres Statutes zu unterstützen.
- § 7. Für die durch Streiks entstehenden sonstigen Unkosten hat die Landesorganisation aufzukommen, in deren Bereich das Streifgebiet liegt.
- § 8. Von dem Ausbruch eines Streikes in Grenzgebieten und in Orten wo Mitglieder einer der vertragsschließenden Organisationen in Frage kommen, ist der Organisationsleitung des Nachbarlandes sofort Mitteilung zu machen.
- § 9. Jede Organisation hat die Pflicht, in der Regel auf ihre Kosten dafür zu sorgen, daß aus ihrem Bereich keine Streikbrecher in das andere Organisationsgebiet gehen.
- § 10. Die vertragsschließenden Organisationen helfen sich in der Agitation, besonders in den Grenzgebieten, gegenseitig. Ueber die Art und Weise dieser Hilfe hat eine Verständigung zwischen den Zentral- und den in Frage kommenden Bezirksleitungen der Organisationen zu erfolgen.
- § 11. Dieser Vertrag gilt vom 15. September 1910 bis 30. Juni 1912. Wird er von keiner der vertragsschließenden Organisationen drei Monate vor Ablauf gekündigt, oder werden Änderungen bis zum 1. April 1912 nicht beantragt, so gilt er ein weiteres Jahr.

Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. F. A.: Jof. Wiebeberg. National Verband der christlichen Bauwerker von Belgien. F. A.: E. van Duquebete.

Rundschau.

rote Verteidiger für Herrn Windolph. Das waren einige amüsante Augenblicke für uns, das Bochumer sozialdemokratische „Volkblatt“ als Verteidiger des Herrn Windolph aufzutreten zu sehen. Allerdings ist uns das nicht ganz unverständlich, da einmal „Eich Berlin“ und rote Presse sich gegenseitig getreulich zitierten, wenn es etwas zu hegen gibt gegen die christlichen Gewerkschaften, sodann, weil Herr Windolph mit seinem der roten Presse entnommenen Zitat über den „Klassenkampfcharakter“ der christlichen Gewerkschaften, das im christlichen „Holzarbeiter“ gefunden haben soll, herein gefallen ist. Nicht im christlichen „Holzarbeiter“, sondern in dem Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes hat das betreffende Zitat gestanden, das wurde schon seinerzeit (in 1907) nachgewiesen. Da mit diesem Nachweis auch zugleich die leichtfertige Art der sozialdemokratischen Presse im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften gekennzeichnet wird, fühlt sie sich nicht getroffen. Wir beneiden Herrn Windolph um diesen Verteidiger nicht, ob ihm selbst dabei wohl wird, wissen wir nicht. Berraten wollen wir aber der roten Presse, daß wir allen ungerathen Angriffen gegen uns und den Nachbarn sozialdemokratischer Unwahrheiten das sagen werden, was wir zu sagen für notwendig halten. Wir bekämpfen die Ungerechtigkeit und Unwahrscheinlichkeit, mag sie sich in irgendwelches Kleid hüllen.

Interessant ist, wie das Bochumer „Volkblatt“ den bekannten Otto Hue, seines Zeichens sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Bochum (auf wie lange noch, ist noch nicht sicher), verteidigt. Hue soll deshalb von den „Klassenkämpfern“ als „Friedensstörer“ betrachtet werden, weil er für ein „Zusammengehen aller Gewerkschaftsrichtungen“ eintritt. Ederl Ditol Wir wollen keinen Gedanken an etwas anstreifen. Was es nicht der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Müller, der an Hue folgenden Brief schrieb:

Lieber Otto!
Ich sehe in Deinen Abgang gar hinein. Du hast eine bestimmte Richtung, in welcher Du gehst, die Interessen der Bergleute tatsächlich so weit wie möglich zu fördern. Diese Tendenz ist zurzeit freundschaftlich zu christlichen Gewerkschaften; aus diesem Vorgehen die konsequente Schlussfolgerung handelnderweise zu ziehen ist, „sich“ so als der „wahre Satz“ zu empfinden. ... So weit ganz gut. — Aber nimm doch nicht den Druck mit ins Schlepptau! Wenn Du dessen Ungelegenheit, Doppeldeutigkeit und Mäntelcharakter nicht mit großem Schlagschlag in geeigneten Momenten beleuchtest, resp. in bengalische Beleuchtung rüffst, alsdann kann es vorkommen, daß uns der Mann bei irgendwelcher Gelegenheit einen pfiffigen Posten spielt. — Die Bergarbeiter werden noch zu leicht hin und her. — Also mußte ich, so neherbei, mit ganz ungeschulter Miene und unter lebhaftem Bedauern ganz gründlich ab. Keine Schonung! Handhaben dazu bietet Druck Sorge mehr als nötig sind. ... Ich meine, Du solltest die Führer des Chr. G. B. (Christlicher Gewerkschaften) vor den Rauch freier und die Mitglieder freier machen — das eine tun, das andere nicht lassen.“

Darum kann das Bochumer „Volkblatt“ erweisen, wie hoch wir die „Freundschaft“ Hues den christlichen Gewerkschaften gegenüber und sein Eintreten für das „Zusammengehen aller Gewerkschaftsrichtungen“ einschätzen. Und der rote Schlagschlag des Herrn Windolph im Bochumer „Volkblatt“, hinter dem wir wohl nicht mit Unrecht Hue selbst vermuten, beweist ja auch in diesem Falle nichts anderes als wie die christlichen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften vor den Rauch treten. Das bringt dieselbe rote Stundapresse fertig, die die ganze Welt nach irgendwelchen Bergwerken der christlichen Gewerkschaften und dann in ihrer Weise ihren Lesern erzählt. Gerade die „sozialistische Kampfbühne“ muß am

meisten die Verleumdungen der Geistlichen durch die rote Presse zurückweisen. Am so schlimmer für „Eich Berlin“, seine Zitate aus der sozialdemokratischen Presse zu holen.

Wie Otto Hue, dessen Artikel im „Korrespondenzblatt“ gegen die christlichen Gewerkschaften von „Eich Berlin“ in einer Anzahl von 200 bezogen wurden, die alsdann an die Bischöfe usw. verbannt wurden, von seinen eigenen Freunden eingeschätzt wird, darüber lassen wir den sozialdemokratischen Druck von 1902 (Nr. 167) reden:

„Jede Weisheitsverfassung ist ihm geküßigt, von der ruhigsten Sachlichkeit bis zur größten Erregung, und wenn es notwendig ist ihm auch Sentimentalität geküßigt. Hat er seinen Zweck erfüllt, dann fällt er in schwachen Stunden nicht selten aus der Rolle und erzählt hohnlächelnd, welcher Erleid ihm den Erfolg verschafft. ... Wenn Redakteur Hue als Kronzeugen den Genossen A. d. St. anruft, so sei hier nur bemerkt, daß derselbe Hue sich in bezug auf diesen äußert: Ich liebe den Verrat, aber den Verräter hasse ich. Ob ein solches Urteil angebracht ist über A. d. St., lassen wir dahingestellt, es beweist nun wieder einmal, daß Redakteur Hue absolut nicht wäherfahrig ist in der Wahl der Mittel, wenn diese nur seinen Zwecken dienen. Tatsachen beweisen. ... Wir haben nie eine Person im Partei- oder Gewerkschaftsleben kennen gelernt, welche mehr Feigheit vor der öffentlichen Verantwortung ihrer Zettelungen an den Tag legte, als Redakteur Hue. Dieser Mann, der schon in unzählige Streitigkeiten mit leitenden Genossen verwickelt war, verlor sich früher stets hinter die Essener Genossen. Unzählige Sitzungen waren notwendig, um Hues Ehre zu reparieren. ... Die niedrigsten menschlichen Instinkte werden wachgerufen und gegen den Angreifer gehetzt, wenn sich jemand erlaubt, den Papst zu fassen. Seine Streitsucht brachte Differenzen in Dortmund mit den feineren leitenden Personen wie Lehmann, Nieße, Bloch, ferner mit deren Nachfolgern Wredenbed, Scheibe und Haerisch. In Bochum hatte Hue Differenzen mit dem Partei-Vertrauensmann Nickel, mit dem Redakteur Wolf, Müller und anderen mehr. In Essen hatte Hue Differenzen mit allen nur irgendwie in der Bewegung hervortretenden Genossen. Die Spuren Hues sind gezeichnet durch persönlichen Janz. ... Unser Urteil beruht auf circa zehnjährigen Erfahrungen im Umgang mit diesem Mann. ... Nach alledem hielten wir es für notwendig, Hue einmal „nack“ zu zeichnen!“

So wird der Kronzeuge von „Eich Berlin“ von seinen eigenen Genossen gekennzeichnet. Wir beneiden Windolph um die ihm vom Bochumer „Volkblatt“ zuteil gewordene Hilfe nicht, ob sie seinem Ansehen dienlich ist, mag er selbst entscheiden.

Riesenausperrung in der Metallindustrie? Der Kampf auf den deutschen Schiffswerften droht Weiterungen hervorzurufen, die im Interesse der Arbeiter tief bedauerlich sind. Bekanntlich waren die Werksbesitzer zu Verhandlungen bereit, die sozialdemokratischen Gewerkschaften lehnten es indes ab, mit den nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gemeinsam zu verhandeln. Dadurch zerlugen sich die Verhandlungen. Die Metallindustriellen erklärten sich nunmehr mit den Werksbesitzern solidarisch und beschloßen, am 8. Oktober 60 Prozent ihrer Arbeiter auszusperrn. Davon würden nach ihrer Berechnung 400 000 Arbeiter betroffen. Wer trägt die Verantwortung für diesen Kampf? Der sozialdemokratische Machtkittel, der infolge der letzten Wahlen in ganz bedenklichem Maße steigt. Die Herrschaften mögen sich hüten, daß nicht ein baldiges Jena ihrem Uebermut ein jähes Ende bereitet.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Lügde (Sperte über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; berleihe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag umzuhalten). Hannover (Dachbeder), Sperte über die Firma Ruff und die Hannoverische Bedachungs-Gesellschaft. Köln, gesperrt sind die Arbeiten des Zwischenbauers Kurthaus am Bonn, Dorsmar (Streit der Maurer), Keimathe (Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind die Rheinisch-Westfälischen Kaltwerke, Abteilung Keimathe, bis auf weiteres für Maurer gesperrt), Werther i. W., Lage i. S. (Streit). Zugug ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.
Für das engere Industriegebiet fanden für das Fliesenlegergewerbe Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, die zu einer Einigung führten. Ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“.

Bezirk Köln.
Krefeld. (Stukkateure und Klebierer.) In der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ haben wir bereits den Erfolg der Stukkateurbewegung geschildert. Mit der Taktik des „Genossen“-Führers Radtke-Düffeldorf und seiner Hintermänner wollen wir uns einmal befassen.

Der Kampf wurde gemeinsam mit dem „freien“ Stukkateurverband geführt. Am Sonntag, den 11. September, war die letzte gemeinsame Versammlung, die von „Genossen“ mit dazu benutzt wurde, einen Janzapsel in die Reihen der Kollegen zu tragen. Während des 2½ wöchigen Kampfes haben viele einsehen gelernt, daß in der christlichen Organisation ihre Interessen gerade so gut vertreten werden, ohne irgendwelcher religiöser oder politischer Anrempelung ausgesetzt zu sein. Diese Tatsache ist von einer ganzen Anzahl Mitglieder des „freien“ Stukkateurverbandes, die keine Sozialdemokraten sind, zum Ausdruck gekommen. Alles das war der roten Leitung bekannt. Selbst der Beamte Radtke-Düffeldorf erklärte, daß wohl 90 Prozent ihrer Mitglieder in der Krefelder Bahnhofs keine Sozialdemokraten seien. Die Leitung des „freien“ Verbandes erblickte hierin eine Gefahr. Es wurde nach einem Prügelungen geschickt. Der Einfluß, den der christliche Verband während des Kampfes bei den Mitgliedern des „freien“ Stukkateurverbandes gewonnen hatte, mußte verwischt werden. Die letzte gemeinsame Versammlung wurde deshalb dazu benutzt, um gegen den christlichen Verband zu gehen. Radtke legte mehr Gewicht auf dessen Bekämpfung, als wie den Mitgliedern die Annahme des Tarifs zu empfehlen. Der christliche Verband hatte sich nämlich die Freiheit erlaubt, in der „Mittelrhein. Volkszeitung“ und im „Generalanzeiger“ die Forderungen, die zur Einigung führten, zu veröffentlichen. Das war alles. Es wurde nun dem Vertreter unseres Verbandes vorgeworfen, daß er die Schwerepflicht in größtmöglicher Weise verletzt habe. Eine solche Vereinnahmung hätte aber überhaupt nicht stattgefunden. Der Grund der Polemik lag tiefer. Oben ist bereits darauf hingewiesen. Leberenz, der Kartellbeamte der „freien“ Gewerkschaften, beantwortete zum größten Teil die Bekämpfung des christlichen Verbandes. Er führte aus: Unter der betreffenden Notiz des christlichen Verbandes habe nur noch der Schlussatz gestanden: Dieser Erfolg sei der christlichen Organisation zu verdanken. Es sei nicht Sache derjenigen Organisation, die in der

Sache der „freien“ Organisation, welche in der Mehrheit sei. Also um die Palme des Sieges dreht sich der Kampf. Es sollte in der breiten Masse nicht den Eindruck erwecken, als habe an diesem Erfolg der christliche Verband mitgewirkt.

Noch interessanter gestaltete sich die Diskussion, als ein Mitglied des „freien“ Verbandes mit Namen Fricke dem Vertreter unseres Verbandes Schwarz vorwarf, wenn er (Schwarz) etwas von der Bewegung habe schreiben wollen, so wäre es Pflicht gewesen, dieses erst dem „freien“ Verband mitzuteilen. Als dann unser Kollege Schwarz an Herrn Fricke die Frage richtete, wenn nach seiner Aussage Schweigepflicht vereinbart worden sei, warum dann in der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ bereits in der Freitagssnummer ein ausführlicher Situationsbericht von „freier“ Seite veröffentlicht wurde, gab Herr Fricke prompt darauf zur Antwort, ja, das ist die „Volkszeitung“, wir haben damit nur die bürgerlichen Zeitungen gemeint. Also im Krefelder Genossenblatt durfte geschrieben werden, so breit und so lang wie man wollte, das sollte höchstförmlich gestattet sein. Eine derartige Bevormundung hätten wir rundweg abgelehnt, wenn man es gewagt hätte, ein derartiges Ansuchen an uns zu stellen. Es müßte wahrlich schon weit gekommen sein, wenn wir beim sozialdemokratischen Stukkateurverband zuerst anfragen sollten, ob es gütigst gestattet sei, in der bürgerlichen Presse etwas zu veröffentlichen. Arbeiter, die mit Vernunft darüber nachdachten, hätten recht bald durchschaut, wo die Meise hinging. Mit solchen Agitationskniffen, um den Mitgliedern den christlichen Verband als Teufel an die Wand zu malen, wird der sozialdemokratische Agitator und seine Hintermänner wenig Glück haben. Das Eis ist gebrochen, die Mitglieder denken darüber anders. Die Folgen dieser Hebe machen sich bereits bemerkbar. Am letzten Sonntag traten hierherhalb neun Mitglieder des „freien“ Stukkateurverbandes zu uns über, andere folgten noch. Die Strafe folgt auf dem Fuße, das ist der Erfolg der skrupellosen „Freie“. Wie von den Genossen bei der Bewegung hinter den Kulissen gearbeitet wurde, darüber nur einiges. Am Donnerstag, den 25. August, war der erste Streiktag. Radtke-Düffeldorf hatte nun nichts eiligeres zu tun, als wie ganz allein und ohne etwas selbst seinen eigenen „Genossen“ zu sagen, schon in aller Frühe zu dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Brandenrath in Düffeldorf zu laufen (Brandenrath lag noch im Bett), wahrscheinlich um Verhandlungen anzubahnen. Es muß bemerkt werden, daß Radtke nicht weit her sein, wovon Herr Radtke in der Streikversammlung am 21. August sprach. Streik kostet bekanntlich Geld. Sein salonmäßiges Auftreten fand bei Herrn Brandenrath wenig Gegenliebe. Würde sich das ein Kollege unseres Verbandes erlaubt haben, hinterücks eigene Wege zu wandeln, dann würde der ganze sozialdemokratische Mutterwald von Arbeiterverrat über uns herziehen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Herr Radtke durchaus nicht das das geringste bei Herrn Brandenrath zu suchen hatte.

Nun wurde der zweite Versuch gemacht, die Arbeitgeber zu bitten, mit ihnen zu verhandeln. Jetzt ging der Weg zum Duisburger Vorsitzenden, Herrn Lindenlauf in Krefeld, allerdings mit dem Unterschiede, daß Herr Radtke sich als Kronzeugen seinen Genossen Fricke mitnahm. Auch hier holten sich die Herren „Arbeitervertreter“ einen Aufschub. Wahrscheinlich „Küdenstark“ Arbeitervertreter; aber das alles wurde gemacht, weil Holland in Not war. Aber jetzt kommt der Tag, wo man sich entsinnt, daß diese Handlungsweise an Arbeiterverrat grenzt. Es war am Freitag, den 26. August, da findet man es für notwendig, mit dem christlichen Verband über die Taktik zu beraten. Radtke will die kleinen Geschäfte freigeben, sofern sie die Forderungen bewilligten. Es kamen drei bis vier Geschäfte mit circa 15 Personen in Betracht. Der Vertreter unseres Verbandes Schwarz widerspricht dem und hat große Bedenken, weil diese einen Einfluß auf die großen Geschäfte nicht ausüben können, sondern die Position der Streikenden nur verschlechtern werden könnte, da die kleinen für die großen Geschäfte noch die Arbeit fertigstellen. Die Kommission tritt der Auffassung Schwarz bei, Radtke steht mit seiner Ansicht allein. Es sollte aber anders kommen. Samstag, den 27. August, abends 6 Uhr, halten die Genossen eine Versammlung ab, es wird nun prompt beschloßen, die kleinen Geschäfte freizugeben. Die Versammlung wurde dem christlichen Verband kaum zwei Stunden vor Stattfinden bekanntgegeben. Warum? Weil man Schwarz nicht dabei haben wollte, da man sonst befürchtete, die kleinen Geschäfte würden nicht freigegeben. So sehen die „Genossen“ einfach Beschlüsse durch, ohne die an der Bewegung mitbeteiligte Organisation zu hören. Hinter den Kulissen wurde aber beraten, daß, wenn die kleineren Geschäfte nicht freigegeben werden, die sozialdemokratische Konsum- und Produktionsgenossenschaft, die auf der Ritterstraße ein großes Produktionshaus errichtet, durch den Streik großen Zinsverlust zu ertragen hätte. Das konnte man natürlich nicht sagen, wo die Christlichen dabei waren. Wir werden das arbeitergefährdende Verhalten des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes so leicht nicht wieder vergessen. Den Herren Radtke, Leberenz, Fricke usw. gratulieren wir zu ihrer „Taktik“.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 2. Oktober der einunddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Maurer.
Biberach a. d. Nig. Am Sonntag, den 18. d. M., fand hier im Lokal „Zum schwarzen Ochsen“ eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter von Biberach und Umgebung statt. Dieselbe war verhältnismäßig gut besucht. Herr Eisele vom hiesigen christlichen Gewerkschaftskartell eröffnete die Versammlung um 1/2 5 Uhr, begrüßte in kurzer Ansprache alle Erschienenen und besonders den Referenten Gewerkschaftssekretär Hott aus Karlsruhe. Weiterem wurde dem auch gleich das Wort erteilt. In seinen Ausführungen ging derselbe zuerst auf die Organisationsverhältnisse in Deutschland ein und zeigte, wie alle Berufe und Stände zur Wahrung und Förderung ihrer Berufs- und Standesinteressen sich organisierten. Die deutschen Arbeiterorganisationen zählen weit über zwei Millionen Mitglieder und gehören zu den am besten ausgebauten Arbeiterorganisationen der Welt. Dann schloß er mit dem Hinweis die Organisationsverhältnisse der Organisationen und zeigte weiter, welchen Einfluß dieselben auf die deutsche Arbeitervertretungs- und Fürsorge-Gesetzgebung ausüben, deren exakte Einhaltung am besten dort gesichert sei, wo die Organisationen über eine größere Anzahl von Mitgliedern verfügen. Alsdann ging der Referent auf die Biberacher Arbeitsverhältnisse ein, er kritisierte scharf, daß sich hiesige Arbeitgeber zum Teil nicht um die Unfallversicherungsbestimmungen, noch um die Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter kümmerten. Gerüste, Abdeckungen und Randbuden, ließen hier und da arg viel zu wünschen übrig. Man sah es den Versammlungsteilnehmern an, daß der Referent hier einen wunden Punkt im Biberacher Baumeien berührt hatte. Durch Vergleiche mit andern gleich großen Städten bewies der Redner, daß gegen diese auch der Lohn in Biberach für die Bauarbeiter weit zurückgeblieben

jet, welches nach seiner Ansicht eine natürliche Folge des Individualismus der hiesigen Arbeiter in den Bauberufen sei. Nur durch rege Organisationsarbeit könne hier das Besäumte nachgeholt werden, doch sollte ja niemand glauben, daß, wenn man sich heute organisiere, morgen schon Lohnaufbesserung eintreten müsse, oder eine Wohnbewegung beginnen solle. So schnell könne das allerdings nicht gehen, da in erster Linie der Ausbau der Organisation am Orte Hauptbedingung zur Erreichung aller weiteren Erfolge sei. Auch dürften sich hier bei strenger Organisation und einigermaßen vernünftigen Tarifverträgen wohl manche Vorteile erreichen lassen, ohne gleich zu dem äußersten Mittel des Kampfes zu greifen. Bei Erörterung der Organisationsart, der man sich anschließen sollte, konnte der Referent nur den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands empfehlen. Redner wies nach, daß dieser auf christlich-nationaler Grundlage stehende Verband die Interessen der Württemberger Bauarbeiter am wirksamsten vertreten könne, da dieser alle die Bauberufe, die hier aufeinander angewiesen seien, umfasse, dabei aber seinen Mitgliedern politisch wie konfessionell im christlich-nationalen Rahmen vollständige Freiheit lasse. Die große Anzahl der Bauarbeiter von Württemberg und Umgebung seien katholische und evangelische Christen und so dürfe der Referent wohl erwarten, daß sie auch Mitglieder der christlichen Organisation werden. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Die folgende Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Ein Herr Dunderer, seines Reichens Schutzmacher, versuchte für seine Gewerkschaft zu agitieren, die er als neutrale Organisation empfahl. Dieser wurde vom Referenten halb abgetan und unter anderem aufgefordert, der Versammlung doch einmal die Erfolge zu berichten, welche die Christlich-Dunderer'schen Organisationen in den fast 42 Jahren ihres Bestehens für die Bauarbeiterschaft Deutschlands errungen haben, auch möge er berichten, wo die Christlich-Dunderer'schen Bauarbeiter sich während des letzten großen Kampfes im Baugewerbe verhalten gehalten haben, denn im Kampfsgebiet habe man nichts von ihnen gehört noch gesehen. Doch der Herr Dunderer'sche Agitator verweigerte auf diese Fragen eigenmächtig die gewöhnliche Auskunft, für die Versammlung war er dadurch erledigt. Von einigen Bauarbeitern wurden noch die anwesenden Berufscollegen aufgefordert, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands als Mitglieder beizutreten. Es wurde denn auch eine Reihe von Aufnahmen vollzogen. In einer sich der Versammlung anschließenden Sitzung der aufgenommenen Mitglieder wurde denn auch gleich die Gründung einer Verwaltungsstelle des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands vorgenommen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als Vorsitzender Anton Pfau, Wauerer; als Kassierer Alois Höfle, Gieser; als Schriftführer Anton Nisse, Gieser; diese sowie die Mitglieder nehmen gerne weitere Anmeldungen zum Beitritt entgegen. Möge dies jung gepflanzte Reis bald ein starker Baum und eine weitere Stütze der christlich-nationalen Arbeiterbewegung werden.

Bezirk Breslau. In Nr. 38 bringt „Der Grundstein“ eine Erwiderung auf die von uns in Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ gebrachten Notiz: „Ja, soll's so weiter gehen?“ Es wurde damals von uns berichtet, daß die Genossen in Breslau mit allen Mitteln gegen unsere Organisation arbeiten. Weiter wurde angeführt, daß unsere Kollegen Kleider und Schuhe zerstückt worden seien. Nun schreibt Bachmann, Beamter des sozialdemokratischen Maurerverbandes, man könnte sogar annehmen, das hätten die Christlichen selbst getan, um Lärm schlagen zu können, charakteristisch sei auch, daß dem Kollegen Franz Sobath, der zu ihnen übergetreten sei, am 8. September ca. die Schuhe gestohlen worden wären. Ob nun Pfeffer auch hingehen würde, um dies bei diesen Kollegen zu rügen.

Wir müssen gestehen, gegen eine derartige Insinuation ist man machtlos. Und so redet ein Bachmann, der in einer der letzten Baudelegierten-sitzungen die Parole ausgab, wonach die jungen Kollegen unseres Verbandes alle umgeschrieen werden sollen, wohingegen die alten im christlichen Verbands bleiben können. Wir versichern daraufhin, daß wir uns bei zukünftigen Terrorismustaten nicht erst an die Unternehmer, sondern an die Staatsanwaltschaft wenden.

Nun zu dem Nichterhalten der tariflichen Arbeitszeit bei der Firma Seidel, Herzogstr. 12.

Wie liegen die Dinge?
1. Es dürfte dem sozialdemokratischen Verbands recht gut bekannt sein, daß der Bezirksleiter des christlichen Verbandes bereits vor acht Wochen diese Angelegenheit in einer Sitzung angeregt hat, worauf dort geantwortet wurde, ja, es sind noch mehrere solche Fälle vorhanden, wir müssen nun sehen, wie wir das mit der Zeit beseitigen. Auch ist unsererseits mehrmals dahingehend versucht worden, diesen Uebelstand abzustellen und dürfte dies nicht jetzt, wenn es endlich erledigt ist, auf das Schreiben des sozialdemokratischen Maurerverbandes zurückzuführen sein, sondern auch lediglich darauf, weil wir mehrmals ersucht haben, daß an den betreffenden Stellen zur rechten Zeit sollte Feierabend gemacht werden. Als Beweis hierfür, daß unsere Kollegen am Bau Seidel einmal rechtzeitig Feierabend machten, wohingegen vom sozialdemokratischen Verbands einige länger arbeiteten, unter anderen ein Vorstandsmittglied.

2. Fragen wir den Beamten des sozialdemokratischen Maurerverbandes, ob ihm nicht bekannt ist, daß auch in der Wabitzstraße, wo lauter im sozialdemokratischen Maurerverband organisierte Arbeiter arbeiten, mehrere Wochen hindurch sogar über 10 Stunden gearbeitet wurde. Weiter fragen wir, ob nicht bekannt ist, daß auf den Baustellen von Hezulla in der Stadt und in Schenck 10 Stunden gearbeitet wurde von lauter im sozialdemokratischen Verband organisierten Maurern und Bauarbeitern? Weiter fragen wir, wie steht es mit Ehlich (Gute Schweibühler Straße und Zwingerplatz), wo weit über 10 Stunden gearbeitet wird, sogar 11 Stunden? Sind die Leute etwa nicht im sozialdemokratischen Verbands organisiert? Weiter fragen wir, wo sind erst nur die Maurer organisiert, die in der Messergasse bei Mathies 10 1/2 Stunden gearbeitet haben? Gehören die nicht etwa in den sozialdemokratischen Verband, Zweigverein Wittich oder Breslau? Haben nicht endlich bei Seidel die Genossen noch länger gearbeitet, als wie die im christlichen Verbands und unorganisierten Kollegen?

Sollte dies alles jetzt erst dem sozialdemokratischen Verbands durch unser Schreiben bekannt werden?

Auch sind wir bereit, noch mit einer Anzahl Namen zu dienen, um die Sache noch etwas klarer hinzustellen, aber dann schreibt man wieder, es ist Terrorismus, man will ihre Leute arbeitslos machen. Deshalb sind wir anständiger und lassen die Namen vorläufig weg. Sollte es aber erwünscht sein, so können wir jederzeit damit dienen.

Wir fragen nach dieser Feststellung, ob Bachmann noch das Recht hat, zu dem Nichterhalten der Arbeitszeit bei Seidel in der Holzgasse zu schreiben:

„Die Mitglieder vom Zentral-Verband der Maurer hätten den kleinen Mehrbedienst nicht mitgenommen, wenn ihnen nicht vom Vorstands geraten worden wäre, dort nicht wegzulaufen, sondern erst die Beschwerde an den Arbeitgeberbund abzuwarten. Wäre das nicht geschehen, dann hätte der Zentralverband bei der Firma keine Leute beschäftigt und keine Ursache zur Beschwerde gehabt. Durch das Schreiben des Arbeitgeberbundes ist nun festgestellt, daß die christlich organisierten Maurer die zehnstündige Arbeitszeit verlangt und sogar mit ArbeitsEinstellung gedroht haben!“

Das ist offener Vertragsbruch! Das ist zugleich eine Illustration der „christlichen Erziehungsarbeit“ der frommen Gewerkschaften.

Rehre vor der eigenen Türe, dort liegt Dred genug. Uebrigens verrät es keine allzu große Kenntnis über den Tarif, wenn gesagt wird, mit dem Aufhören bei Seidel wäre die Ursache zum Beschwerdeführen genommen gewesen. Wir denken darüber anders. Wo immer Tarifverträge vorkommen, müssen diese gemeldet und beseitigt werden.

Harburg (Elbe). Die Kollegen anderer Orte werden sich wundern, auch einmal etwas von hier zu hören. War dieses bisher sehr selten der Fall, so hat es zum größten Teil daran gelegen, daß wir nur eine kleine Zahl waren. Wir können nun feststellen, daß sich unsere Zahlstelle gut entwickelt hat; denn innerhalb eines Jahres ist unsere Mitgliederzahl von 10 auf 82 gestiegen. Dieser Zuwachs ist nicht nur durch Zugereiste herbeigeführt worden, sondern auch durch eine Anzahl Neuaufnahmen. Beim vorjährigen Kampfe im Bierstädtebereich haben wir nach Kräften neuen Mann gestanden, wir haben mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsam gearbeitet. Tief zu bedauern ist, daß die Genossen jetzt die Kollegialität verlernt haben und durch alle möglichen Schikanen unsere Kollegen belästigen. Dieses wird ihnen wenig nützen, sie werden uns nur noch zu größerer Einigkeit treiben. Daß ein guter Geist in unseren Reihen herrscht, zeigte so recht die außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 11. September. Diese war von 52 Kollegen besucht. Unser Bezirksleiter Kollege Zumbrodt sprach über das Thema: „Welche Lehren bietet uns die letzte Aussperrung im Baugewerbe?“ Er schilderte die Vorgeschichte dieser Aussperrung, sowie den Verlauf derselben und die Erfolge. Die Aussperrung hat uns gezeigt, daß die Opferwilligkeit nicht erlöschen dürfe, denn dieses sei noch nicht der letzte Kampf. Besonders notwendig sei die gewerkschaftliche Schulung; denn solche Kämpfe könnten nur gut gesicherte Gewerkschaften führen. Daß noch an mancher Stelle die Schulung fehle, habe auch die Aussperrung bewiesen. Indem er noch zur eifrigen Agitation anfeuerte, besonders unter der Jugend, schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Wir können mitteilen, daß hier alle Kollegen bis auf einen die Beiträge voll bezahlt haben. Einen Kollegen, unseren früheren Vorsitzenden Karl Borchardt aus Jummigebode (Duderstadt), haben wir ausschließen müssen. — Die Versammlung hat wieder zur Stärkung beigetragen, denn vier Kollegen ließen sich neu aufnehmen. Unseren Mitgliedern rufen wir an dieser Stelle zu: „Halten wir hier im roten Norden fest an unserer guten Sache und treten wir überall dafür ein, dann geht es auch in der Zukunft vorwärts!“

Sohersalza. Am 11. September d. J. tagte in unserm Verbandstotal eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die sich mit der Abrechnung von der Aussperrung beschäftigte. In der Diskussion wurden Vorwürfe gegen die Leitung der Aussperrung vorgebracht, indem diese nicht alles streng genug durchgeführt hätte und verschiedene Posten der Ausgaben bei Fernhalten des Zuguges zu hoch wären; ebenfalls gegen den Vorstand wurden einige Beschwerden vorgebracht und beantragt, daß, nachdem der frühere Vorsitzende abgerufen ist, jetzt nun auch ein neuer Vorstand zu wählen ist. Nach einer eingehenden Untersuchung, sowie Aufklärung durch den Bezirksleiter Kranz-Posen ist es gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß wenn auch die Ausgaben in einigen Posten hoch wären, diese aber doch berechtigt waren. Nachdem noch eine Revisionskommission gewählt wurde, die sich ganz genau über die Richtigkeit der Abrechnung informieren soll und der nächsten Versammlung Bericht erstatten muß, wurde auch der Vorstand gewählt. Als Vorsitzender ist der frühere Vorsitzende Kollege Lange gewählt, Kollege Lewandowski als zweiter Vorsitzender; Kollege Rapernst als Zahlstellenkassierer, Kollege Majewski und Stajenst als Schriftführer. Nachdem der Fall Stern kontra Grobelst besprochen wurde, kam die Versammlung zu der Ansicht, daß der Kollege Stern gegen die Solidarität nicht verstoßen hat während der Aussperrung, und wird nach Bezahlung seiner rückständigen Beiträge und Streikmarken weiter als Mitglied des Verbandes betrachtet. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, wurde die gut besuchte Versammlung vom Kollegen Langner geschlossen.

Fierlohn. 16. September. Selbstsucht, Eigennutz, Parteilichkeit, Haß und Rücksichtslosigkeit pressen unablässig an unserm idealen Streben. Wir wollen über dieses Hochgebirge von Schwereigkeiten, die unsere Betätigung hindert, hinüber. Wir müssen! Da aber versagen kalte Vernunft und kühle Berechnung. So naheliegend diese „Leitsterne“ menschlicher Betätigung auch sind, so schwach, unsicher und unzureichend ist auch die ihnen innewohnende Kraft. Sie können uns in schweren Konflikten keine Wege weisen. So geht es auch in Fierlohn, obwohl die hiesigen Verhältnisse so niedriger liegen, daß sie unbedingt gehoben werden müßten. Es ist eine traurige Tatsache, daß den hiesigen Bauarbeitern dies Verständnis für die Organisation fehlt. Obwohl auch hier ein Tarif besteht, werden 11 und 12 Stunden gearbeitet und in mancher Baubude sieht es traurig aus, man könnte sie als Schweinestall ansehen. Manches könnte hier anders sein. Trotzdem die Unternehmer bei der letzten Aussperrung keine Rücksicht genommen haben, schmeicheln sich die Unorganisierten wieder ein und lassen ihre Arbeitskollegen allein kämpfen, erschweren uns die Arbeit, wo wir doch bessere Verhältnisse schaffen wollen. Sie scheuen die paar Groschen, um ja recht den Liebling zu spielen und wird einer gekündigt, so weint und wehklagt er und stellt sich selbst sein Zeugnis aus, lieber Meister behalten sie mich doch bitte, denn ich bekomme hier in Fierlohn bei keinem Unternehmer mehr Arbeit. Kein „schöneres“ Zeugnis konnte der Betreffende sich ausstellen. Umsonst werden die hiesigen Arbeiter zum Teil nicht als Schweine und Faulenzer hingestellt, wie es vorgekommen ist. Verschiedene Kollegen, die während der Aussperrung in ihre Heimat gereist sind, haben dort ihre Unterhaltungen bezogen und kehren jetzt „danke“ dem Verband den Rücken. Spät, bei jedem anständig denkenden Menschen sind diese „Kollegen“ gerichtet. Verschiedenen sind die Beiträge zu hoch, deshalb schimpfen sie einfach auf die Leitung des Verbandes und bringen verschiedene Kleinigkeiten in Erwähnung. Nun, sie müssen doch einen Grund haben, ernten wollen sie alle, aber nicht fäen; charakterlos sind solche Menschen, die so etwas tun. Ein ehrlicher Arbeiter muß sich immer sagen, darf ich meine Arbeitskollegen alleine kämpfen lassen? Nein, darum hinein in die christliche Gewerkschaft, da ich euer Platz, da nur allein werden eure Interessen vertreten, damit wir 1913 gerüstet dastehen; denn der Arbeitgeberverband hat seine Vergewaltigungspläne noch nicht aufgegeben. Die „Mitteldeutsche Arbeiter-Zeitung“ schreibt nicht umsonst, „zum Glück nicht für immer“. Darum schart euch alle unter dem Banner der christlichen Gewerkschaften.

Wache dem, der zu sterben geht,
Und keinem Liebe geschenkt hat,
Dem Weiber, der zu sterben geht,
Und keinen Duschigen getränkt hat.

Bezirk Karlsruhe. Am Sonntag, den 11. Sept., fand in Offenburg die diesjährige Bezirkskonferenz für Baden und Elsaß statt. Nach dem Bericht des Bezirksleiters hat der Bezirk nach dem großen Kampf im Baugewerbe um 465 Mitglieder zugenommen. Von dieser Mitgliederzunahme entfallen auf Baden 225. Dieses beweist, daß die christlich-nationale Bauarbeiterschaft wieder aufgerollt ist und immer mehr einzieht, daß die heutigen Verhältnisse jeden Arbeiter förmlich zur Organisation drängen. Besonders erfreulich ist, daß die Mitglieder des Verbandes sich aus Angehörigen der verschiedenen Konfessionen und Parteirichtungen rekrutieren. Aller religiöse und politische Gader der christlich und national gesinnten Parteien ist hier in der Gewerkschaft ausgeschlossen. Aber auch nur dadurch können

die gemeinsamen wirtschaftlichen und Standesinteressen ohne Rücksicht auf das Parteileben durch die Organisationen gewahrt und gefördert werden. Bedauert wurde vom Berichterstatter, daß von Seiten, von welchen man es am allerwenigsten erwarten sollte, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Baden noch Knüttel zwischen die Beine geworfen werden. Ein Referat des Zentralvorstands-Mitgliedes U. Schmidt aus Berlin behandelte die Aufgaben des Verbandes und seiner Mitglieder während der jetzigen Tarifbauer. Mit einer kurzen Schilderung des vergangenen Kampfes und des durch diesen erreichten Erfolges, leitete er sein Referat ein. Der Referent mahnte dann, während der nun beginnenden Friedenszeit auch wirkliche Friedensarbeit zu leisten, im besonderen alle Kräfte zur gewerkschaftlichen Schulung des Mitgliederstandes einzusetzen, wozu er auch Mittel und Wege angab. Aber auch wurde von Redner betont, daß der letzte Kampf für das Baugewerbe wohl noch nicht ausgefochten sei, und zeigte, wie verschiedene Schachmänner in Arbeitgeberkreisen schon jetzt wieder Stimmung für einen späteren Kampf machten. Für die christlich-nationalen Bauarbeiter sei aber die beste Gegenstützung unermüdbare Organisationsarbeit und Schaffung einer mächtigen Organisationsklasse. Auch hier gelte das Wort: Wer den Frieden will, der sei immer gerüstet zum Kriege. Der Referent konnte mitteilen, daß der Grundstein zu einer starken Klasse bereits wieder gelegt sei, und wenn die Mitglieder ihre Pflicht weiter erfüllen würden, der Verband zu gegebener Zeit über eine Klasse verfügen werde, die allen zu stellenden Anforderungen gerecht werden könne. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft und ging daraus hervor, daß die Delegierten vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. Zwar wurde auch über einige Terrorismustfälle der Genossen berichtet, doch waren diese Fälle nicht geeignet, irgendwelche Besorgnisse aufkommen zu lassen. Im Gegenteil, man war allgemein der Ansicht, daß dadurch die Prinzipienfestigkeit der Mitglieder nur gestärkt wurde. Aber trotzdem sollte man den Genossen keinen Freibrief zum Terrorismus ausstellen, sondern sollen die schärfsten Maßnahmen jedem Terroristen gegenüber angewendet werden. Auch wurde der Ausdruck des badischen Ministers von Bodmann über die Sozialdemokratie besprochen. Im allgemeinen hielt man sie für die Verkörperung eines durch sozialistische Schwärzerei betörten Mannes, dem die Kenntnis der praktischen Betätigung der Sozialdemokratie völlig abgeht. Jedoch bedinge die Agitation, welche von der Gegenseite mit den Ministerworten betrieben werde, daß die Konkurrenz Stellung hierzu nehme. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Pudewitz. Nach Überwindung von Schwierigkeiten ist es gelungen, auch in Pudewitz dem Verbands Eingang zu verschaffen. Durch das unsoziale Verhalten der Unternehmer haben es die Kollegen erkannt, daß nur mit vereinten Kräften es möglich ist, auf die Dauer annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Es ist nicht anständig, daß in einer Stadt, die unweit Posen, wo der Lohn auf 54 Pf. und Gneien wo derselbe auf 45 Pf. steht, liegt und gewissermaßen wirtschaftlich zusammenhängt, Löhne von 38 Pf. und weniger gezahlt werden. Soll diesem Zustande abgeholfen werden, dann muß auf eine Stärkung der jungen Zahlstelle hingearbeitet werden, und jeder im Baugewerbe beschäftigte Kollege sollte sich der Organisation anschließen, damit auch die in diesem Jahre für die übrigen Orte erzielten Lohnerhöhungen in Pudewitz Eingang finden. Tue also jeder seine Pflicht und werde eifrig für den Verband.

Rheine. Am 2. September fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Zu der Versammlung war unser früherer Bezirksleiter Kollege Zumbrodt aus Hannover erschienen. Derselbe hielt einen Vortrag über das Ringen der Bauarbeiter um bessere Existenzbedingungen. Vor der Tagesordnung wurde des verstorbenen Kollegen Hermann Reders-Hendrich gedacht. Hierauf gab der Vorsitzende dem Kollegen Zumbrodt das Wort zu seinem Vortrag. Obgleich, so erklärte Redner, er in seinem Bezirk noch mit Arbeit überhäuft sei, wäre er doch mit Freuden wieder mal nach Rheine gekommen. Redner kam dann auf die Lohnbewegung von Rheine im Jahre 1906 zu sprechen, die für die hiesigen Kollegen ohne Kampf einen großen Erfolg brachte. Aber im Jahre 1908 gedachten die Herren im Arbeitgeberlager uns ihren schönen Muttertarif aufzuhalten, weil eine schlechte Baunotwendigkeit herrschte. Sie haben es nicht fertig gebracht. 1910 aber glaubten sie, sei der ermittelte Augenblick gekommen. 300 000 Bauarbeiter sollten mit einem Schlag auf die Straße, innerhalb drei Wochen sollten ihre Kassen erschöpft und die ganzen Bauarbeiterorganisationen pleite sein. Aber wie änderte sich die Situation als die organisierten Bauarbeiter die große Opferwilligkeit zeigten und auf vierzehn Tage Unterstützung verzichteten. Ferner kam Redner auf die Materialsperrung und führte einige Beispiele dazu aus Hannover an. Gerade die Materialsperrung ist ein großes Hindernis für uns und diesem muß ein feiter Damus entgegengeteilt werden. Zum Schluß forderte Zumbrodt die Kollegen auf, noch mehr Interesse zu zeigen. Nicht denken, für drei Jahre haben wir Waffenstillstand, nein, in diesen drei Jahren müssen wir Soldaten ausbilden mit guten Waffen, und diese Waffen sind Einigkeit und Besonnenheit. Das Solidaritätsgefühl müsse man mehr pflegen, mehr Aufklärungsarbeit schaffen und vor allem sich mehr der Jugendorganisation widmen. Haben wir die Jugend, so ist uns die Zukunft sicher. Schaffen wir Aufklärung in der Jugend zum Wohle der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Hierauf folgte eine rege Diskussion. Unter anderem kam das Agitationsmaterial des roten Bauhilfsarbeiterverbandes zur Sprache, denn die roten Bauhilfsarbeiter haßten hier mit dem wahren Jakob und mit dem billigen Jakob. Der billige Jakob ist das Agitationsmaterial. Sie meinen, sie könnten uns mit dem billigen Jakob Kollegen abspenstig machen. Sie sagen nämlich, komm doch zu uns, bei uns brauchst nur einen Wochenbeitrag von 45 Pf. zu zahlen, bei den Christlichen aber 50 Pf. pro Woche. — Hierauf erfolgte die Wahl der Schlichtungskommission. Für die Zimmerer wurden gewählt Niehoff, Weßelmann, Gussmann, Rues und Krüger, letztere als Ersatzmänner. Für die Maurer und Bauhilfsarbeiter Bözen, Winter und Limberg. Hierauf nahm Zumbrodt das Schlusswort; er freute sich über die rege Diskussion und rief den Kollegen von Rheine nochmals zu, daß sie agitieren mögen für den Zentralverband der christlichen Bauarbeiter Deutschlands.

Solingen. Wie der „freie“ Zimmererverband Mitglieder zu werben sucht, schreibt der „Bergische Volksfreund“, zeigt ein Vorfall, der sich am letzten Sonntag im kath. Gefellenhaus abspielte. Dort wohnte ein Zimmerer, der Mitglied des christlichen Zimmererverbandes ist. Da dort keine Zahlstelle des christl. Zimmererverbandes besteht, suchen die „Freien“ alle, die eine andere Meinung äußern, zu sich herüberzuziehen. Zwei Mitglieder des „freien“ Verbandes trafen an den Gefellen her an den Worten: „Du bist im christlichen Verbands, von wegen christl. Verbands gib's hier nicht, du mußt dich umschreiben lassen, wenn du das nicht tust, fliegst du heraus, und wenn alles nicht hilft, sperren wir den Platz.“ Diese präzise Sprache vermochte aber den „Silber“ nicht zu schrecken, mit dem „Umschreiben“ gab es nichts. Da stellten die Herrn dann die famose Forderung, der christl. Gewerkschaftler solle doch wenigstens die 25 Pf. Votalbeitrag zahlen, das übrige könne er dann hinzahlen, wo er wollte. Resultatlos mußten die beiden Helben abziehen. Am Montagabend verlor die Kassierer der Zimmerer sein Glück, den D. herum-

Antreten. Von dem Zimmererverband ist man von jeder...

Wollstein. Am 6. September fand hier eine vom Zentral-

Aus unseren christlichen Verbänden.

Der Verbandstag des Post- und Telegraphenarbeiter-

Der Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittel-

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Bauarbeiterschaft. Der preussische Minister des Innern...

Schaffenheit und Konstruktion der Gerüste, die Abdeckung...

Aus diesen Gründen muß darauf gehalten werden, daß...

Durch die den Berufsvereinigungen gesetzlich obliegende...

Am heutzutage einen Ueberblick darüber gewinnen zu können...

Von der Beziehung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiter-

Soziale Rechtsprechung.

Darf ein Termin-Bevollmächtigter für seinen Auftrag-

Von den Arbeitsstellen.

Hildesheim, 14. September. Ein bedauerlicher Unglücksfall...

In letzter Stunde wird uns von einem zweiten Unfall...

erzählen kann. Allen Kollegen mögen aber diese Zeilen eine...

Literarisches.

Kunst und Heim, Pflege des Kunstsinns, Wohnungs-

Städtebauausstellung und Wohnungsfrage. Von Stadtb.

Durch das Rath. Arbeitersekretariat (Bodum, Wilhelmstr.)

Berichtigung.

Im Artikel der vorigen Nummer der „Baugewerk-

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 90 446, lautend...

Anforderung.

Der Maurer Anton Gortmann (Buch-Nr. 131 049), ein-

Der Kollege Hermann Gerlach (Buch-Nr. 182 686), wird...

Achtung! Maurer und Hilfsarbeiter.

Organisierte Kollegen finden dauernde Beschäftigung...

Sterbetafel.

Am 9. September starb unser Mitglied August Schulz...

Achtung! Verwaltungsstelle Breslau. Achtung!

Dienstag, den 4. Oktober cr., abends 8 Uhr, ist im...

Am nun auch unsere Kollegen entsprechend über die g...